

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

## **A2NEU: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete**

### **Antragstext**

1 Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst im Mittel  
2 deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft.  
3 Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte  
4 und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für  
5 Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie  
6 privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem,  
7 Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu  
8 sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung  
9 erheblich und dass obwohl Österreich jährlich [14.818.000.000\[2\]](#) an die aktiven  
10 Staatsbediensteten bezahlt.

11 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen  
12 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern  
13 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

#### **14 1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung**

15 Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und  
16 schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich  
17 digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselige und zeitintensive  
18 Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in  
19 digitaler Form angeboten werden. Services sollen mittels ones-stop-shop bzw. no-  
20 stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht  
21 zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw  
22 aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt,  
23 in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%[\[3\]](#). Zusätzlich dazu fordern wir  
24 ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei  
25 Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten.

26 Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

## 27 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

28 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die  
29 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen  
30 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer  
31 Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren  
32 wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

33 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei  
34 vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach  
35 österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos abgeschafft  
36 werden.

37  
38 Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen, Personalleihen  
39 nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für  
40 Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für  
41 Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen und  
42 ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

43  
44 In weiterer Folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw.  
45 sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

46 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat ohne  
47 Entfall der Bezüge für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach  
48 österreichischer Rechtslage noch immer besteht, verboten werden.

## 49 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

50 Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die  
51 im Interesse der Republik dienen. Wir als Junge liberale NEOS fordern daher eine  
52 Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll  
53 modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber  
54 nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen  
55 verbessert."

56 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die  
57 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen  
58 hat, unnötig erhöhen.

59  
60 Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits  
61 anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der  
62 Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

63 [\[2\]](#)  
64 [https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal\\_des\\_Bundes\\_20-21.pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf)

65 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019